

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2026 der AfD-Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Es gilt das gesprochene Wort.



Für die AfD-Fraktion

Chris Hegel

Fraktionsvorsitzender

Sitzung des Kreistages – Aalen, den 25. November 2025

Sehr geehrter Herr Landrat Bläse,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Kurz,
geehrte Kollegen Kreisräte,
verehrte Mitbürger und anwesende Gäste,

am 24.11.2024, also fast auf den Tag genau vor einem Jahr, habe ich hier meine Rede zum Haushaltsplan 2025 gehalten. Damals habe ich eindringlich davor gewarnt, wohin die Reise geht, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Schauen wir heute auf den Ostalbkreis, dann sehen wir: Genau dieser Weg wurde weiter beschritten. Wir werden zum Ende dieses Jahres die 100-Millionen-Euro-Schuldenmarke nahezu erreichen. Rechnet man die Verbindlichkeiten der Kliniken hinzu, haben wir diese Grenze längst deutlich überschritten. Auch der diesjährige Haushaltsplan ist defizitär, die Schuldenkurve zeigt weiter nach oben.

Die nun geplante Absenkung der Kreisumlage um einen Punkt ist in diesem Zusammenhang kaum mehr als ein symbolischer Akt. Die meisten Städte und Gemeinden zahlen aufgrund der aktuellen Steuerkraftmesszahl dennoch mehr als im Vorjahr. Wir hatten im letzten Jahr eine der höchsten Kreisumlagen in Baden-Württemberg. Nun haben viele Kreise nachgezogen. Das mag die Reihung kosmetisch verändern, verbessert aber in keiner Weise die Lage im Ostalbkreis. Vielmehr ist es ein Ausdruck der Schieflage in ganz Baden-Württemberg.

Schon im vergangenen Jahr habe ich mit Blick auf die Finanzlage des Bundes, des Landes und der Kommunen darauf hingewiesen, dass viele Bürger mit großer Sorge in die Zukunft schauen. Heute kann man festhalten: Diese Sorgen waren und sind mehr als berechtigt. Die Zustände im Bund und im Land haben sich im Lauf des vergangenen Jahres nicht verbessert, sondern dramatisch verschärft.

Nach dem vergesslichen Olaf regiert nun Lügenkanzler Merz in Berlin. Noch kurz vor der Wahl hat dieser vollmundig verkündet, dass wir uns keine weiteren Schulden leisten dürfen, weil wir damit die Zukunft unserer Kinder gefährden und das verbrauchen, was kommende Generationen eines Tages zum Leben brauchen werden. Wenige Tage nach der Wahl hat er dann den alten Bundestag einberufen und damit ohne demokratische Legitimation das größte Schuldenpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet: 500 Milliarden Euro, plus die Möglichkeit einer Neuverschuldung von bis zu 1.500 Milliarden Euro.

Bereits jetzt liegen die gesamtstaatlichen Schulden bei über 2.500 Milliarden Euro. Und selbst bei den aktuell historisch niedrigen Zinsen, die insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Schulden sicherlich steigen werden, wird diese Schuldenlast die öffentlichen Haushalte über Jahrzehnte hinweg fesseln. Und wir erleben bereits die Folgen dieser Politik. Die Steuern und Abgaben werden immer weiter erhöht, dabei liegen unsere Bürger bereits unter einer enormen Steuer- und Abgabenlast. Für das Jahr 2025 prognostiziert der Bund der Steuerzahler, dass ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt 52,9 % seines Einkommens an Staat und Sozialkassen abgibt. Von einem verdienten Euro bleibt einem Arbeitnehmer in Deutschland also nur noch etwa 47 Cent.

Ich habe bereits im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass viele Menschen längst durchrechnen, ob sich Arbeit in diesem Land noch lohnt. Ich bin überzeugt, dass die Antwort für immer mehr Menschen Nein lautet. Und ich muss an dieser Stelle erneut darauf hinweisen, dass wir in den vergangenen zwei Jahren Rekordeinnahmen verzeichnet haben. Die Einnahmenseite ist in diesem Land nicht das Problem der öffentlichen Haushalte. Im Gegenteil: Wir müssen endlich dazu übergehen, die Bürger wieder zu entlasten und insbesondere Familien finanziell zu stärken.

Und es steht auch die Frage im Raum, was passiert, wenn Steuererhöhungen nicht mehr ausreichen. Wir werden dann über Lastenausgleichsmodelle wie im Jahr 1952 sprechen oder aber eine große Inflation erleben, mit der sich der Staat seiner Schulden entledigt. So oder so: Die Menschen, die bereits jetzt mit ihren Steuern dieses Land am Laufen halten, werden am Ende wieder einmal die Leidtragenden sein.

Während dieses Damoklesschwert über uns schwebt, sprechen Sie, Herr Landrat, in Ihrer Rede von „neuen Perspektiven und neuer Kraft“ für den Ostalbkreis. Das scheint die neue CDU-Linie zu sein, denn auch Manuel Hagel wirbt aktuell im Landtagswahlkampf für „ein neues Mindset“ und möchte auf keinen Fall über die CDU-Politik der vergangenen Jahre sprechen.

Ihre Haushaltsrede, Herr Landrat, war eine politische Bankrotterklärung. Da sind keine neuen Ideen, keine neue Kraft und schon gar kein konkreter Plan für die Zukunft dieses Kreises. Was am Ende übrig bleibt, ist der durchsichtige Versuch, die Lage schönzureden. Letztendlich versuchen Sie, den Bürgern die übrig gebliebenen Reste vom Vortag als Festmahl zu verkaufen.

Wenn Sie dann auch noch von „Generationengerechtigkeit“ sprechen, ist das für mich, insbesondere auch als Vertreter der jungen Generation, ein Schlag ins Gesicht. Denn während Sie sich über das Schuldenpaket freuen, ächzt meine Generation bereits unter der Last, die Ihre Parteikollegen uns aufgebürdet haben. Eine Last, die unsere Handlungsfähigkeit in der Zukunft massiv einschränkt, lange nachdem Sie sich in den politischen Ruhestand verabschiedet haben.

Die 13,1 Milliarden Euro, welche in den nächsten zwölf Jahren aus diesem Topf nach Baden-Württemberg ausgeschüttet werden, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Letztendlich verzögert das Schuldenpaket nur das Unausweichliche. Denn an der Ausgangslage hat sich nichts geändert. Es gibt weiterhin keine echten Reformen, keine Kurswende bei Migrations-, Klima- oder Gesundheitspolitik.

Die Grenzen sind nach wie vor weit offen, Abertausende strömen Jahr für Jahr in unser Land. Den Preis dafür zahlen wir alle – finanziell, gesellschaftlich und leider viel zu oft auch mit Leib und Leben.

Sie, Herr Landrat, haben in Ihrer Rede eine „veränderte Sicherheits- und Gefahrenlage“ angesprochen. Und hier gibt es reichlich Debattenbedarf. Normalerweise beginnen um diese Jahreszeit landesweit die Weihnachtsmärkte, und wir begehen gemeinsam die besinnliche Zeit des Jahres und feiern die Geburt Jesu Christi. Das ist schon längst nicht mehr selbstverständlich. Im Jahr 2025 werden zahlreiche Weihnachtsmärkte gar nicht erst eröffnet, andere nur unter massiven Sicherheitsauflagen. Unser Stadtbild an Weihnachten ist geprägt von Merkel-Pollern, Radladern und Einsatzfahrzeugen an jeder Zufahrt. Das ist in Deutschland im Jahr 2025 nötig, um unser Brauchtum im eigenen Land zu leben. Wir erleben unsere Feste längst nicht mehr unbeschwert, sondern begleitet von Terror und Angst.

Das ist nicht nur zu Weihnachten so. Die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder der Nachhauseweg ist für viele Menschen längst nichts mehr, dem man gelassen entgegenseht. Auch in Baden-Württemberg steigt die Gewaltkriminalität. Deutschlandweit ereignet sich alle 18 Minuten ein Messerangriff, mehr als acht davon ereignen sich jeden Tag in Baden-Württemberg. Über seit 2015 neuartige Phänomene wie Gruppenvergewaltigungen und andere brutale Verbrechen möchte ich an dieser Stelle gar nicht weiter ins Detail gehen. Klar sind zwei Dinge:

Diese veränderte Sicherheitslage ist eine direkte Folge der Migrationspolitik Ihrer Altparteien. In allen relevanten Deliktsbereichen sind Migranten massiv überrepräsentiert.

Zweitens ist klar, dass all das auch uns hier im Ostalbkreis betrifft. Auch unsere Städte und Gemeinden sind unsicher geworden, auch unsere Feste können nicht mehr unbeschwert und ohne Angst begangen werden. Und trotzdem sprechen Sie unter dem Oberbegriff „Sicherheits- und Gefahrenlage“ lieber über die Fantasiegefahr eines Klimawandels, anstatt die Gefahren und Ängste anzusprechen, die die Menschen im Ostalbkreis jeden Tag auf Bahnhöfen, in Innenstädten und Zügen erleben.

Noch absurder wird es, wenn wir auf den Bereich Wirtschaft blicken. Die wirtschaftliche Lage im Land und in unserer Region ist in hohem Maße Folge der Klima- und Energiepolitik – auch Ihrer Partei, Herr Landrat. Die CDU ist in zentralen Fragen der Energie- und Klimapolitik kaum mehr von den Grünen zu unterscheiden. Sie halten stur an dem Irrweg einer „klimaneutralen“ Verwaltung bis 2040 fest und binden dafür Personal- und Finanzmittel, die wir im Ostalbkreis an ganz anderer Stelle dringend bräuchten.

Unsere Wirtschaft braucht im Übrigen keine „neuen Perspektiven“, sondern verlässliche und günstige Energie, weniger Bürokratie und weniger Bevormundung. In Baden-Württemberg erleben wir aktuell über 200 Insolvenzen jeden Monat. Und auch in unserer noch wirtschaftsstarken Region sehen wir doch die Risse: Bosch baut massiv Stellen ab, der Standort Schwäbisch Gmünd steht langfristig in Frage. Traditionsunternehmen wie Menrad schließen ihre Tore, und vor kurzem hat uns zudem noch die Nachricht der Insolvenz von Roku erreicht. Dazu kommen viele kleine Unternehmen, Betriebe und Selbstständige, deren Existenz ebenfalls zunehmend gefährdet ist. Es braucht hier keine schönen Worte, sondern echte Lösungen.

Wir erkennen an, dass viele dieser Probleme und Ursachen nicht auf kommunaler Ebene angestoßen wurden. Es sind Beschlüsse und Vorgaben der Bundes- und Landespolitik, für die keine ausreichende Finanzierung hinterlegt ist. Aber genau hier wird es schizophoren: Es sind Ihre Parteien, die Altparteien, die diese Politik seit Jahren betreiben. Und auch wenn sie gelegentlich nach außen hin Kritik üben, setzen sie am Ende alles bereitwillig um, ohne dabei Konsequenzen zu ziehen.

Es ist offensichtlich, dass wir insbesondere auf Bundes- und Landesebene dringend einen politischen Wandel brauchen. Unsere Handlungsmöglichkeiten über den Kreishaushalt sind vor dem Hintergrund horrender Ausgaben im Bereich der Sozialgesetzgebung, der Migration und im Bereich Klima stark eingeschränkt. Wir erleben zudem vermehrt, dass linksgrüne politische Vorgaben bereits auf vielen Ebenen fest mit dem Verwaltungshandeln verwoben sind.

Nichtsdestotrotz haben wir uns der Aufgabe der Entideologisierung des Kreises, soweit möglich, angenommen und wieder entsprechende Anträge zum Haushalt eingebracht. Einige davon werden Sie noch aus dem letzten Jahr kennen. Vieles, was im Jahr 2024 bereits richtig gewesen wäre, ist es nach wie vor.

Zunächst haben wir uns die Personalausgaben vorgenommen. Wir erleben landesweit eine Vergrößerung der Verwaltungsstrukturen und einen damit einhergehenden Personalaufbau. Häufig wird dabei der sogenannte „Freiwilligkeitsbereich“ missbraucht, um linke Ideologie in Verwaltungshandeln zu überführen. Auch im Ostalbkreis sind die Personalkosten in den letzten fünf Jahren um über 30 Prozent gestiegen. Wir haben daher eine umfassende Anfrage zu Personalstellen im Freiwilligkeitsbereich gestellt, danken der Verwaltung für die schnelle Beantwortung und schlagen hier folgende Einsparmöglichkeiten vor:

Die Kontaktstelle „Frau und Beruf“ ist unverzüglich zu schließen und die damit verbundenen 1,25 Vollzeitäquivalente sind zu streichen. Ich habe bereits im Rahmen der Debatte zum Gleichstellungsaktionsplan den Standpunkt meiner Fraktion klar gemacht. Frauen und Männer sind in Deutschland gleichberechtigt, ob am Arbeitsmarkt, vor Gericht oder im Alltag. Eine Sonderberatungsstelle nur für Frauen ist daher nicht mehr zeitgemäß und letztendlich diskriminierend. Wir erleben vielmehr, wie derartige Themen missbraucht werden, um, wie zum Beispiel in der Debatte zur Inneren Sicherheit, Missgunst zwischen Frauen und Männern zu säen.

Weiter müssen wir abermals über Schulsozialarbeit sprechen. Mittlerweile sind wir bei Kosten über 2,3 Millionen Euro angekommen. Und ja, wir haben Probleme an unseren Schulen. Eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hat ergeben, dass im vergangenen Jahr allein in Baden-Württemberg fast 2.800 Schüler Opfer einer Straftat wurden. Also 15 Opfer auf unseren Schulhöfen jeden Tag und eine Dunkelziffer, vor der es mir graut. Dazu kommen noch immer Schäden durch ihre Corona-Politik und neue Herausforderungen durch

soziale Medien und den technischen Fortschritt. Genau hier wird es perfide: Die Mehrzahl dieser Probleme ist maßgeblich auf die Politik der vergangenen Jahre, vor allem die Zersetzung der traditionellen Familie und die Politik der offenen Grenzen, zurückzuführen. Nun wird uns der Schulsozialarbeiter als Lösung präsentiert. Im besten Fall also wieder einmal nur Symptombekämpfung. Aus unserer Sicht ist der Nutzen der Schulsozialarbeit aber grundsätzlich zweifelhaft. Wirklich gewiss sind nur die horrenden Kosten, weshalb wir hier dringend eine Neuevaluierung brauchen.

Weiter fordern wir die Schließung des Europabüros und die Streichung der damit verbundenen Stelle. Längst schon haben sich die EU und die sie tragenden Eliten von der Ursprungsidee der Gründerväter verabschiedet. Übrig geblieben ist ein intransparenter Bürokratie-Moloch, der unser Land und insbesondere unsere Wirtschaft lähmt. Die EU in ihrer heutigen Form ist ein Relikt der Vergangenheit und kann in einem positiven Zukunftsentwurf für unser Land in dieser Form keinen Platz mehr finden. Die Menschen im Kreis brauchen dementsprechend auch keine vom Kreis mitfinanzierte Stelle, die betreutes Denken betreibt und permanent einflüstert, dass wir die EU als alternativlos zu akzeptieren haben.

Ebenfalls zu streichen ist die Stelle des Integrationsbeauftragten. Wer hier leben möchte, hat sich zu assimilieren. Das ist eine Bringschuld der Betroffenen. Es gibt zudem bereits auf Bundes- und Landesebene mehr als genug Projekte in diesem Bereich.

Wir haben, wie auch im letzten Jahr, erneut einen Antrag zum Thema Migration und Integration gestellt. Wir erwarten eine detailreiche, kleinteilige Aufschlüsselung über die Kosten, die in diesen Bereichen im Landkreis beziehungsweise im dortigen Freiwilligkeitsbereich anfallen. Eine uns bekannte Maßnahme haben wir als Beispiel bereits noch einmal auf das Tableau gebracht. Wir brauchen kein kostenloses WLAN in den Asylunterkünften des Landkreises. Denn dieser Bedarf wird bereits durch die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes vollständig abgedeckt. Wir haben zudem kein Verständnis, warum hier Leistungen über das Pflichtmaß hinaus gewährt werden. Wir haben Alters- und Kinderarmut in diesem Land und belasten die arbeitende Bevölkerung mit immer mehr Steuern und Abgaben. Jeder Euro, der hier zusätzlich ausgegeben wird, ist eine Frechheit.

Ein weiteres fatales Signal des Landkreises möchte meine Fraktion mit einem anderen Antrag aus der Welt schaffen. Wir glauben, dass wir mittlerweile an einem Punkt angekommen sind, an dem – zumindest im Hinblick auf die

Finanzlage – jeder den Ernst der Lage erkannt hat. Und wir wissen, dass auch im Vergleich kleine Beträge in diesem Haushalt diskutiert werden müssen. Erst vor wenigen Wochen hat meine Fraktion einen Antrag zur Einrichtung eines Förderprogramms zur Pflege verletzter Wildtiere eingebracht. Die Verwaltung hat seinerzeit ihre Ablehnung maßgeblich auch mit der Haushaltslage begründet. Es wäre um eine Summe von etwa 15.000 bis 20.000 Euro gegangen, die Ehrenamtlichen und damit unserer Region unmittelbar zugutegekommen wäre. Vor diesem Hintergrund ist es für uns absolut unverständlich, warum die Verwaltung weiterhin 10.000 Euro Steuergeld zur Förderung von Projekten in Entwicklungsländern verprasst.

Ebenso fatal ist der Anstieg an Zuwendungen beim sogenannten „Welcome-Center für Fachkräfte“ von zuvor 30.000 auf nun 40.000 Euro. Dieses Center erzielt kaum bis keine nachweisbaren Erfolge. Wer sich selbst ein Bild machen möchte, welche Art von „Fachkräften“ hier betreut werden, dem sei der RTL-Extra-Beitrag vom 24.10.2023 über die arbeitsunwillige Afghanenfamilie in Schwäbisch Gmünd nahegelegt. Wir fordern daher folgerichtig die vollständige Streichung dieser Zuwendungen.

Ich mache mir bezüglich unserer Anträge keine Illusionen. Wir leben in Jahren der Brandmauerpolitik und die hier anwesenden Parteien sind von diesem undemokratischen Geist gezeichnet. Mit großer Sorge beobachte ich, wie offener Diskurs und freie Meinungsäußerung in unserem Land auf dem Rückzug sind. Immer mehr Bürger geben in Umfragen an, dass sie sich nicht mehr trauen, ihre Meinung öffentlich zu sagen. Das ist die Folge einer Entwicklung, in der Menschen strafrechtlich verfolgt werden, weil sie einen Schwachkopf einen Schwachkopf nennen, in der der Verlust des Arbeitsplatzes bei politischer Betätigung droht, in der Wähler und deren Vertreter ausgegrenzt werden, ein instrumentalisierter Inlandsgeheimdienst gegen die Opposition ins Feld geführt wird und offen über ein Parteiverbot gesprochen wird. Wer so mit Meinungsfreiheit und politischem Wettbewerb umgeht, darf sich nicht wundern, wenn das Vertrauen der Menschen in dieses System schwindet.

Ich komme wieder auf den Beginn meiner Rede zurück und möchte mit einem hoffnungsvollen Gedanken schließen. In etwas mehr als einhundert Tagen stellt sich die Frage: Weiter wie bisher oder ein echter Neuanfang? Wir haben die Möglichkeit, unserem Land ein Comeback zu verschaffen, mit sicheren Städten, verlässlichen Finanzen und Politik für die eigenen Leute. Die Wahl ist geheim. Nutzen wir alle diese Chance, zum Wohl des Ostalbkreises und seiner Bürger. Vielen Dank.